



Neue Studie gibt Empfehlungen für Mobilitätswende in Kommunen

Eine aktuelle Untersuchung im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gibt wichtige rechtliche Impulse für die Umsetzung der Mobilitätswende im Einklang mit städtebaulichen Zielen und präsentiert praxisnahe Empfehlungen.

Die Kommunen gestalten die Mobilitätswende mit unterschiedlichen Maßnahmen, beispielsweise indem sie mehr Flächen für den Fuß- und Radverkehr vorsehen, verkehrsberuhigte Bereiche einrichten oder Parkraum neu ordnen. Eine aktuelle Untersuchung im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) gibt nun wichtige rechtliche Impulse für die Umsetzung der Mobilitätswende im Einklang mit städtebaulichen Zielen und präsentiert praxisnahe Empfehlungen.

Das Straßenverkehrsrecht als Schlüssel: Die derzeitigen Regelungen hemmen nach Einschätzung der Autorinnen und Autoren eine gezielte Förderung der Mobilitätswende, da sie den Fokus zu sehr auf die Verkehrssicherheit legen. Eine Novellierung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) würde es den Kommunen erleichtern, Ziele der städtebaulichen Entwicklung, des Klima- und Umweltschutzes, aber auch der Gesundheit wirksam zu verfolgen und schneller zu erreichen.

Bedeutung von Bebauungsplänen: Die Untersuchung hebt darüber hinaus die Rolle von Bebauungsplänen hervor. Diese ermöglichen es den Gemeinden, Verkehrsflächen gezielt festzulegen und Straßen für andere Nutzungen umzuwidmen. Kommunen sollten das Planungsinstrument zu einem integralen Bestandteil ihrer Verkehrspolitik machen und sich dabei eng mit den Straßenverkehrsbehörden abstimmen.

Bundesgesetzlich geregelte kommunale Verkehrsplanung: Die Studie identifiziert zudem eine Lücke in der deutschen Gesetzgebung hinsichtlich integrierter kommunaler Verkehrskonzepte. Sie empfiehlt, eine Vorschrift in das Baugesetzbuch (BauGB) aufzunehmen, um die methodische und inhaltliche Gestaltung dieser Konzepte zu regeln und somit eine ganzheitliche Berücksichtigung von Klima- und Umweltschutz, Gesundheit und städtebaulicher Entwicklung auf kommunaler Ebene sicherzustellen.

Die Studie ist im Rahmen des Forschungsprojekts „Verkehrsreduzierte Innenstädte in Europa – Vergleichende Analyse regulatorischer Ansätze anhand von Fallbeispielen“ entstanden. Die Veröffentlichung ist unter folgendem Link abrufbar:

www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/exwost/55/exwost-55-1.html

Kontakt:

Christian Schlag

Stab Direktor und Professor

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn
Telefon: +49 228 99 401-1484
christian.schlag@bbr.bund.de

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) berät als Ressortforschungseinrichtung die Bundesregierung bei Aufgaben der Stadt- und Raumentwicklung sowie des Wohnungs-, Immobilien- und Bauwesens.